

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1530
Strossen Riesa Nr. 52.

Nr. 7.

Freitag, 9. Januar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Rechen für den Fall des Einrückens von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für fünfzigzeilige Bahntexte, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Regierungsbildung noch nicht gelungen.

* Berlin. Gestern um 8.30 Uhr abends wurde von zuständiger Stelle folgende Mitteilung ausgegeben: Die Bemühungen des Reichskanzlers Marx, gemäß dem ihm erteilten Auftrag, so rasch wie möglich eine Regierung zu bilden, haben heute noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler fand am Abend eine Aussprache statt, auf Grund derer der Reichskanzler heute die Verhandlungen fortführen wird.

Scherben.

Der Endeffekt der Dezemberwahlen ist in der Tat wunderbar: bisher konnte man doch noch irgend eine Regierung bilden — jetzt kriegt man gar keine zustande! Das Proportionalwahlrecht, das die Verfalltungen begünstigt, erweist sich damit als der größte Feind des Parlamentarismus. Am liebsten möchte man diesen Reichstag zwingen, binnen acht Tagen eine Wahlreform anzunehmen, die wieder kleine Wahlkreise und in diesen schnellste Entscheidung bringt, und dann Neuwahlen vorzunehmen. Gewiß ist jedes andere Wahlrecht ungerechter als das unsrige; zweifellos ist das englische, nachdem der Kandidat mit der relativen Mehrheit siegt, das ungerechteste von allen. Aber es schafft ein aktionsfähiges Parlament. Und vielleicht ist es uns die Wahrheit des Spruches summum jus summa injuria so in die Augen gesprungen wie bei unserem Proportionalwahlrecht.

Im Augenblick aber müssen wir den Reichstag noch nehmen wie er ist; und müssen von ihm verlangen, daß er ein Kabinett auf die Beine stellt oder doch wenigstens arbeiten läßt, wenn eins da ist. Das Vergnügen aber, nur alle Projekte in Scherben zu schlagen und keines zu verwirklichen, dürfen sich die Parteien nicht länger leisten. In einer Situation, die so wie die heutige nach einer aktiven Reichsregierung schreit! Sicherlich und verächtlich macht sich Deutschland vor der ganzen Welt, wenn es in den Tagen vor dem 10. Januar 1925 ohne Kabinett bleibt. Wir begreifen nicht, daß keine einzige der Fraktionen diesen moralischen Zwang zu fühlen scheint. Man muß es unumwunden aussprechen: sie sind alle gleich schuldig. Der Fehler liegt nicht darin, daß die Frage überhaupt aufgerollt wurde, ob an die Stelle der bisherigen Minderheitsregierung nicht eine Mehrheitsregierung treten könne. Eine solche zu schaffen, war des Schwebes der Wahlen wert. Aber es war eine Sünde am Volk, daß die Parteien die Lösung, die sie für die beste hielten, als die einzig mögliche erklärten und jede andere ablehnten. Unserer Meinung nach wäre es am richtigsten gewesen, den Versuch mit der Regierung Mitte-rechts zu machen. Der leidenschaftliche Kampf der Sozialdemokraten, der Demokraten und des Zentrums dagegen war sachlich unbegründet und taktisch falsch. Andererseits hätte sich auch die Deutsche Volkspartei nicht absolut festlegen dürfen, weder gegen die „große Koalition“, die immerhin die zweite wirklich parlamentarische Lösung bedeutete, noch gegen eine neue Minderheitsregierung als letzten Vorbehalt. Und auch die Deutschnationalen wären großzügiger gewesen, wenn sie das sogenannte überparteiliche Kabinett mitgemacht hätten, ohne nach Preußen zu fragen. Jede Lösung ist in diesen Tagen besser als gar keine.

Statt dessen sehen wir die Kabinettsbildungsprojekte sich immer mehr vom Wege des parlamentarischen Systems trennen. Von den „überparteilichen“ und Minderheitsregierungen, die nach dem Maastricht des konstitutionellen Systems mit wechselnden Mehrheiten zu regieren hätten, ist man nun schon heruntergekommen auf die „Beamtenkabinette“, die rein oder die gemischt sind. In Preußen treten an die Stelle der Minister von Richter und Boelck die Staatssekretäre ihrer Ministerien, da sich die Zentrumsfraktion geweigert hat, eine Neubildung des Kabinetts vorzunehmen und mit der Fraktion zusammenzugehen. Im Reich macht Herr Marx den Vorschlag, wenn die Deutschnationalen den Eintritt verweigerten, die Abgeordneten Kohl und Koch zu Ministern der Justiz und des Innern zu machen und die Staatssekretäre Trendelenburg und Kroschke im Wirtschafts- und Verkehrsministerium zu Ministern zu erheben. Da dieser Plan an dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei gescheitert ist, so will Marx nun noch in viel größerem Umfang mit beförderten Staatssekretären regieren, nämlich in allen Ressorts, die von den bisherigen Ministern verlassen werden. Selbst als Übergangszustand ist das unter dem parlamentarischen System, vor allem aber unter heutigen, furchtbar schwierigen Verhältnissen fast undenkbar. Und weil der Versuch nur von ganz kurzer Dauer sein könnte, haben nicht einmal die Staatssekretäre selbst viel Lust, ihn zu unterstützen. Ist es nicht auch ein seltsamer Gedanke, in dieser Zeit a. B. auf den eingearbeiteten Außenminister Dr. Stresemann zu verzichten, nur weil die Fraktionen mehr Freude an Scherben schlagen als an der Politik haben? Nebenbei bemerkt, scheint es uns fast, als ob der Parteiführer Stresemann keineswegs mit allem einverstanden ist, was die volksparteilichen Fraktionen im Reich und in Preußen tun. Vielleicht sollte er einmal seine Stimme erheben und an die Kreise der Partei appellieren, in denen weniger Sinn für Fraktionspolitik und mehr Verständnis für die großen Erfordernisse der deutschen Politik vorhanden ist...

So wie bisher geht es auf keinen Fall weiter. Das Wohl des Vaterlandes steht uns zu hoch, als daß wir es unter Parteitranstänken und Eifersüchteleien leiden lassen

können. Es ist ja das Traurige — und für die Parteien so glänzend, daß man ohne und gegen diese kaum irgendwo eine Versammlung abhalten, geschweige denn eine große Volksbewegung entfesseln kann. Um so lauter muß wenigstens die unabhängige Presse ihre Stimmen erheben und ihr Millionenpublikum anfeuern, den Parteien und Fraktionen Proteste aller Art in die Ohren zu lassen. Wir wollen Deutschland nicht zum Gespött der Welt herabwürdigt sehen, wir wollen eine Regierung — welche es auch sei!

Die Ubergangslösung.

(Betrachtungen zum 10. Januar.)
Wie vorausgesehen war, sind die Handelsvertragsverhandlungen, die wir mit einer Reihe alliierter Staaten zu führen haben, nicht rechtzeitig zum Abschluß gekommen. Insonderheit sind es Frankreich, Belgien und Italien, mit denen wir bisher ergebnislos verhandelt haben, und denen gegenüber wir am 10. Januar in einen vertragslosen Zustand, d. h. in eine Art Stillstand, eintraten würden, wenn nicht in letzter Stunde der berühmte „modus vivendi“ gefunden wird. Wir wollen es ganz ungeniert aussprechen, daß die infame Haltung der Entente Staaten in der Räumungsfrage es dem deutschen Volke sehr schwer macht, der Gegenseite in wirtschaftlichen Fragen entgegenzukommen zu zeigen. Dies ist nicht nur ein bloßer Ausfluß von Empfindlichkeit, sondern vielmehr die Ueberzeugung, daß wir ohne vollkommene Sicherheit und Klarheit, aber auch ohne läche Verteidigung unserer Interessen und Rechte niemals mit unseren früheren Gegnern zu Verhältnissen gelangen werden, welche die Würdigkeit für die Dauer in sich tragen. In den Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu den drei genannten kontinental-europäischen Ländern sind wir weitaus im größeren Maße der gewöhnliche Teil. Im ersten Halbjahr 1924 führte Frankreich (außer Eisen-Vorkrägen) für fast 90 Millionen Goldmark Waren nach Deutschland ein, während Deutschland noch nicht für 40 Millionen Goldmark nach Frankreich ausführte. Für Belgien waren die entsprechenden Zahlen: Ausfuhr nach Deutschland rund 66 Millionen, Einfuhr aus Deutschland rund 41 Millionen Goldmark. Italien lieferte an uns Waren für 109 Millionen und bezog von uns nur Waren für 104 Millionen Goldmark. Die drei genannten kontinental-europäischen Staaten setzten also im ersten Halbjahr 1924 in Deutschland zusammen für 265 Millionen Goldmark Waren ab und nahmen nur für 185 Millionen Goldmark deutsche Waren auf. Würde es zu einem vertragslosen Zustand, zu einem Stillstand und als Folge davon zur Einstellung des Warenverkehrs zwischen Deutschland und den genannten drei Ländern kommen, so würde die deutsche Wirtschaft erheblich weniger getroffen als die ausländische. Es wäre vielleicht sogar vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu begrüßen, wenn wir einige Zeit lang die entbehrlichen italienischen Weine und Südrüchte und die reichlich ebenso entbehrlichen französischen Luxusartikel missen dürften.

Ein Teil der deutschen Öffentlichkeit hat es sehr eilig gehabt, den Gedanken an einen möglichen deutsch-französischen, deutsch-belgischen und deutsch-italienischen Stillstand als unmöglich zu bezeichnen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir durch vorhastige Betätigung grenzenloser Friedfertigkeit die Gegenseite politisch und wirtschaftlich in ihrer intrajugenten Haltung bestärkt haben. Wenn die Delegationsführer in Paris, Brüssel und Rom genau gewußt hätten, daß die deutschen Unterhändler festhalten und alle Versuche, die Handelsvertrags-Verhandlungen machtpolitisch zu beeinflussen, mit dem Abbruch der Verhandlungen beantwortet würden, so hätten sie sich wahrscheinlich entgegenkommender gezeigt, als das so der Fall gewesen ist. Die Reichsregierung hat es bekanntlich von vornherein abgelehnt, die Frage der Räumung des Kölner Abschnitts irgendwie mit den wirtschaftlichen Verhandlungen zu veräußen. Nachdem wir jetzt durch die Note der Alliierten erfahren haben, daß man uns unter nichtigen Vorwänden ein wichtiges vertragliches Recht vorenthält, kommen die früheren Bedenken in Bezug auf die baldige Räumung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone Klarheit und gleichzeitig nach Maßgabe des Interesses der Beteiligten eine Regelung der Wirtschaftsbeziehungen geschaffen werden.
Dr. Groll.

Ueber den Stand der Reichsbahnen.

* Berlin. Der Generaldirektor der Reichsbahnen Weser hielt gestern einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Reichsbahnen und über die bevorstehenden Reformen. Er wies u. a. darauf hin, daß die schweren Reparationslasten zusammen mit den hohen Verkehrssteuern, die die Reichsbahnen zu verdienen haben, ein Hindernis seien gegen jene Tarifherabsetzungen, die vielfach verlangt werden. Dagegen sei die Reichsbahn bemüht, durch erhöhte Geschwindigkeit der Reife, auch der Beförderung der Güterzüge, ihrer Rundschaft wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Eine schrittweise Verbesserung des Oberbaues und der Brücken zusammen mit dem fortwährend günstigen Stand der Reparaturarbeiten und der ganzen wirtschaftlichen Organisation würden eine erhebliche Verlängerung der Fahrweise und eine Erhöhung des Komforts ermöglichen.

Die Arbeit des sächsischen Landtags.

Dresden. Ministerpräsident Heide sprach sich über die nächsten wichtigsten Aufgaben des sächsischen Landtags einem Pressevertreter gegenüber folgendermaßen aus: „Der Landtag wird sich in seiner nächsten Tagung zunächst mit dem Nachtragsetat zu beschäftigen haben, der bereits eingebracht ist, sowie mit dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1925, dessen Einbringung lediglich durch die noch nicht erfolgte Regelung des Finanzausgleiches mit dem Reiche verzögert worden ist. Außerdem steht die Regelung der Grund- und Gewerbesteuer, sowie die Entscheidung über die Frage, ob die Mietzinssteuer als Gemeinde- oder als Staatssteuer festgesetzt werden soll, noch bevor. Die Festlegung der Mietzinssteuer als Gemeindesteuer hat den großen Nachteil, daß bei dem verschiedenen Grade der Wohnungsnot in den einzelnen Gemeinden des Landes die aufkommenden Mittel nicht dort verwendet werden können, wo der Wohnungsbedarf am größten ist. Es liegt ferner die Gefahr vor, daß Gemeinden ohne dringende Wohnungsnot die Erträge der Mietzinssteuer nicht zu Zwecken des Wohnungsbaues verwenden. Die Mietzinssteuer ist aber eine Zwecksteuer zur Beseitigung der Wohnungsnot und soll nicht zu einer allgemeinen Finanzsteuer werden.“

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin. (Funkpruch.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute um 10 Uhr zu seiner bereits angekündigten Sitzung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Hergt (Deutschland) zusammen. Vom Reichskabinett war der Außenminister Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär v. Schubert und der Reichskabinettsminister Hamann sowie der Ernährungsminister Ranig erschienen; vom Reichsrat die Vertreter fast aller Länder, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages waren fast vollständig anwesend, mit ihnen auch der Reichstagspräsident Loeb. Gleich nach der Eröffnung der Sitzung nahm Minister Dr. Stresemann das Wort zu ausführlichen Darlegungen über die politische Lage, insbesondere die Fragen der Räumung der Kölner Zone und des Handelsvertrags-Protokollums mit Frankreich.

Bartels preußischer Landtagspräsident.

Berlin. Bei der Präsidentenwahl im Preussischen Landtag führte der erste Wahlgang zu keinem Resultat, da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der Stimmen erreichte. Es findet Stichwahl zwischen dem sozialdemokratischen Abg. Bartels und dem deutschnationalen Abg. von Kries statt. In der Stichwahl wird Bartels mit 201 Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt, von Kries erhielt 178 Stimmen. Bartels nimmt die Wahl an.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen.

Berlin, 9. Januar. Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der dem Reichskabinett über die französischen Wünsche hinsichtlich eines deutsch-französischen Wirtschaftsprotokollums Bericht erstattet hat, begibt sich wieder nach Paris zurück, um mit der französischen Regierung sofort neue Verhandlungen einzuleiten. Er hat ausreichende Instruktionen erhalten, um noch den letzten Versuch einer Einigung über die Frage des Protokollums herbeizuführen. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Frankreich erfolgt offiziell am Montag, während schon am Sonntagabend abend sehr wichtige entscheidende Besprechungen zwischen dem Staatssekretär Trendelenburg und den Führern der französischen Delegation stattfinden werden. In Berlin hat man übrigens den Eindruck, daß der französische Handelsminister Raynaud das ernsthafte Bestreben zeigt, einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern.

Vertragloser Zustand mit Frankreich?

Die Sitzung des Reichskabinetts, in der Staatssekretär Trendelenburg über den Gang der Pariser Handelsvertragsverhandlungen Bericht erstattet hat, dauerte bis 1 Uhr nachts. Wie den Blättern zufolge verlautet, reist Trendelenburg heute früh wieder nach Paris zurück. Wie die Volkische Zeitung wissen will, soll das Reichskabinett auf Grund des Berichtes des Staatssekretärs zur Ablehnung des von der französischen Regierung vorgelegten protokollischen Handelsvertragsentwurfes gekommen sein. Durch diesen Beschluß sei die Tatsache gegeben, daß vom 11. Januar ab gegenüber Frankreich in handelspolitischer Beziehung ein vertragsloser Zustand eintrete und von beiden Seiten der autonome Zolltarif angewandt werde. Die Verhandlungen in Paris nehmen unter der Leitung des Staatssekretärs Trendelenburg auf deutscher Seite ihren Fortgang und zwar ist für heute, nachmittags eine Vollziehung der beiden Delegationen angeht, in der die beiderseitigen Sachverständigen für die Keramik-, die Holz-, die Papier- und die Uhrenindustrie über das Ergebnis ihres bisherigen Meinungsaustausches Bericht erstatten würden.